

"Ein netter Besuch"

Der Bundesgrenzschutz auf Friedensmission in Kambodscha

Im Dienst der UNO wurden 75 Beamte des Bundesgrenzschutzes von Mai 1992 bis August 1993 in Kambodscha eingesetzt. Sie waren dort Teil der aus 32 Nationen gebildeten zivilen Polizeikomponente der United Nations Transitional Authority in Cambodia, UNTAC, die den Friedens- und Demokratisierungsprozeß in dem südostasiatischen Land einleiten und stützen sollte. Stabschef von UNTAC-CIVPOL war der Deutsche Detlef Buwitt, Leitender Polizeidirektor beim Bundesgrenzschutz. Buwitt hatte 1989/90 das erste uniformierte deutsche Kontingent, das im Rahmen einer UN-Friedensmission eingesetzt worden ist, nach Namibia geführt und war auch aufgrund dieser Erfahrung bereits im November 1991 zur UNO nach New York abgeordnet worden, wo er mit der Vorbereitung des Polizeieinsatzes in Kambodscha beauftragt wurde.

Im Rahmen dieser Tätigkeit gehörte Buwitt einer 12-köpfigen UN-Delegation an, der United Nations Surveyor Mission to Cambodia, die Ende 1991 erste Aufklärungsarbeit im Land leistete. Er war dabei für die Strukturen der Inneren Sicherheit (Polizei, Sicherheitsdienste und -organisationen sowohl der Zentralregierung als auch der drei Guerillaorganisationen) zuständig. Auszüge aus dem Interview:



Detlef Buwitt

Foto: Privat

Frage: Wie wurde der Einsatz in Kambodscha vorbereitet?

Antwort: Die Vorbereitung war nicht optimal. Aber das liegt nicht an den Leuten, die daran gearbeitet haben, sondern an dem wirklich kurzen Zeitraum, der der UNO für die Vorbereitung der Kambodscha-Mission gelassen worden ist. Dies ist ein Mangel, der sich durch die gesamten Friedensmissionen zieht. Die Politiker geben sehr wenig Zeit, um solche wichtigen und auch kostenträchtigen Geschichten vorzubereiten.

Kambodscha hat zwei Milliarden Dollar gekostet, dazu kamen noch 850 Millionen Aufbauhilfe. Wenn man so viel Geld ausgibt, müßte man eigentlich mehr Vorlauf haben, um das strategisch und organisatorisch vorzubereiten. Wir hatten nur von November [1991] bis zum 15. März [1992], um die ganze Geschichte in Gang zu setzen. In New York haben wir mit einem ganz, ganz kleinen Stab gearbeitet – bei der Polizei waren wir nur fünf Leute.

In Kambodscha haben wir fast bei Null anfangen müssen, dort war ja Krieg. Ich saß mit meinem ganzen Hauptquartier in zwei Garagen auf dem Hof einer gemieteten Villa, in der [UNTAC-Chef]

Akashi und der Force Commander untergebracht waren. Von da aus haben wir angefangen zu führen, landesweit, bis wir irgendwann in eine andere Villa umgezogen sind. Wir hatten auch keine landesweiten Verbindungen, und für 275 Leute hatten wir drei Autos. Fernmeldegerät, Schreibmaschinen usw. waren überhaupt nicht da. Später hatten wir dann Computer, und dann kam das ganze Zeug angeschwemmt, aber erst nach einem Vierteljahr oder noch länger. Ich habe beispielsweise gleich gesagt, wir brauchen in diesem Land Motorräder statt Autos. Denn da gibt es kaum Straßen, und während der Regenzeit sind Autos absolut untauglich. Ich habe also ein paar hundert Motorräder verlangt, doch die sind erst am Ende der Mission eingetroffen. Das Personal war auch nicht richtig ausgesucht: Jeder will im Busch Motorrad fahren, aber keiner hat Erfahrung. Ich bin dann im Mai zurückgefliegen, um das deutsche Kontingent vorzubereiten.

Wie lange war das deutsche Kontingent in Kambodscha, und in welchen Regionen ist es eingesetzt worden?

Ich habe die ersten 75 Leute am 23. Mai 1992 geholt, und die sind bis zum 4.

März 1993 geblieben. Dann haben wir 30 Leute ausgewechselt. Am 10. Juni dieses Jahres bin ich mit weiteren 20 Leuten nach Hause geflogen, und der Rest – das waren dann noch 54 – ist am 10. August gekommen. Die Einsatzorte lagen, weil wir eines der ersten Kontingente überhaupt waren, mehr im Kernbereich Kambodschas, also um den See Tonle Sap herum, und im Süden. Dort hatten wir den größten Bedarf, weil das auch die bevölkerungsintensivsten Gebiete waren.

Im Nordwesten waren Sie also nicht?

Doch, wir waren in Battambang, das liegt sehr nah dran. Die Provinz Battambang ist zum Teil von den Roten Khmer besetzt gewesen. Und wir sind ausdrücklich in Thmar Puok in der Provinz im Nordwesten gewesen, die Guerillagebiet war.

Da gab es aber Kontakte, so daß Sie die Sicherheitslage einschätzen konnten?

Ja, wir haben selbstverständlich laufend Kontakte mit den Roten Khmer gehabt, insbesondere im Zentralbereich an der Ostseite des Tonle Sap, wo die Khmer Rouge den Bürgerkrieg fortgeführt haben. In Kompong Thom – das ist die Geburtsstadt von Pol Pot – hatten wir Leute, die lagen wochenlang unter Beschuß, die lagen zum Teil nächtelang in den Bunkern bei den dortigen Militäreinheiten. Das sind alles Dinge, die hier in Deutschland nicht bekannt geworden sind. Jugoslawien haben wir in Kambodscha schon vor Jugoslawien gehabt. Es war wochenlang die Frage: Sollen wir unsere Leute dort abziehen, ist das noch ein polizeilicher Einsatz? Aber daran knüpften sich eine ganze Reihe von Fragen. Erstens, da gehen die Deutschen schon beim ersten Mal wieder stifteten. Das wollten wir natürlich nicht im Hinblick der anderen Nationen, die auch durchgehalten haben. Und das Zweite: In dem Moment, wo ein solcher Außenposten aufgegeben wird, gewinnt die andere Seite die Oberhand, und dann geht unter Umständen die ganze Mission den Bach runter.

UNTAC und CIVPOL sind defensiv geblieben?

Ja sicherlich, wir waren ja im Prinzip unbewaffnet. Wir hatten zwar unsere Pistolen mit und ein bißchen Munition, aber die Philosophie der UNO geht eben dahin, das ist Peacekeeping und deshalb ohne Waffen, soweit es sich um Nichtmilitärs handelt. Wir haben unsere Waffen also eingeschlossen. Das war strikte Politik der UNO. Ich halte sie für falsch. Ich habe das auch stark ausdiskutiert mit meinem Polizeiführer, konnte mich aber nicht durchsetzen. Grundsätzlich ist diese Politik richtig, aber es gibt Situationen, wo ich dem Mann einfach das Selbstverteidigungsrecht zubilligen muß. Ich weiß

nicht, ob der eine oder andere private Vorkehrungen getroffen hat. Vorstellen kann ich mir, daß manche sich privat Handgranaten beschafft haben. Das ist aber außerhalb der Legalität.

Sie haben sich also quasi in den Schutz der militärischen UNTAC-Komponente begeben?

Das ist die einzige Möglichkeit, die uns bleibt.

Und die waren bewaffnet und hätten bei einem Frontalangriff notfalls zurück-schießen dürfen?

Die haben zurückgeschossen. Es hat ja Feuergefechte gegeben. Die hatten insgesamt über 60 Tote und über 280 Verletzte, die natürlich nicht alle durch Waffeneinsätze umgekommen sind. Und ein Haufen Leute, auch von CIVPOL, sind auf Minen gefahren. Das sind ebenfalls Kriegseinwirkungen.

Wir haben Informationen, daß die monatlichen Zulagen bis zu 12.000 DM betragen haben sollen. Trifft das zu?

Nein. Wir haben weiterhin unser Gehalt bekommen. Wir haben unsere Auslandsdienstzulage bekommen, und wir haben, sofern die Leute verheiratet waren, Auslandsstrennungstagegeld bekommen.

Und das kann dann im Einzelfall mal bis zu 11.000 oder 12.000 DM hochgehen?

Wenn Sie meine Besoldungsgruppe betrachten, das ist natürlich so hoch. Aber das ist ein Ausnahmefall.

Seit geraumer Zeit wird politisch und juristisch in der Bundesrepublik heftig über den 'Out of area'-Einsatz der Bundeswehr gestritten. Wie paßt denn der Bundesgrenzschutz als Polizei des Bundes in diesen Konflikt? Bestehen eindeutige rechtliche Grundlagen für einen Auslandseinsatz generell bzw. im Rahmen der Vereinten Nationen und auch in dieser Größenordnung?

Für uns ist das kein Problem. Wir werden nach § 123 des Bundesrechtsrahmengesetzes dem Auswärtigen Amt bzw. über das Auswärtige Amt internationalen Institutionen wie beispielsweise der UNO oder auch der KSZE oder der WEU zur Dienstleistung zur Verfügung gestellt. Wir machen ja auch keine militärischen Einsätze, das muß ich betonen. Wir sind keine Soldaten, wir sind Beamte und zwar Polizeibeamte des Bundes. Wir machen einen eindeutig polizeilichen Einsatz, d.h. wir helfen der UNO im polizeilichen Bereich.

Sind Sie für die Zeit des Einsatzes der UNO unterstellt oder hat ihr deutscher Arbeitgeber, also die Bundesregierung, ein Mitspracherecht?

Das ist eine gemischte Lage. Für die Dienstleistung sind wir der UNO unter-

stellt. Wir erhalten unsere Weisungen von der UNO, von den von der UNO vorgesetzten Leuten. Beamtenrechtlich, statusrechtlich und in der Besoldung ist weiterhin die Bundesrepublik Deutschland zuständig.

Sind Sie und das deutsche Kontingent von der UNO angefordert worden oder hat die Bundesregierung das von sich aus angeboten?

Solche Einsätze werden in der Generalversammlung vorher beraten, und dann werden alle Staaten aufgefordert, zum Einsatz Beiträge zu leisten. Die Masse der 190 Staaten, die in der UNO vertreten sind, kommt da gar nicht zum Zuge, weil sie nicht die Mittel haben. Es sind immer wieder dieselben: die meisten mitteleuropäischen Staaten sind beteiligt, Kanada ist beteiligt, dann gibt es ein paar afrikanische Staaten, die sich bemühen, und dann vielleicht noch Japan und Australien. Von den 47 Staaten, die zugesagt hatten, Kontingente für CIVPOL zu stellen, sind schließlich nur 32 auf der Bildfläche erschienen.

Herr Lerke, der deutsche Missionschef in Kambodscha, soll von einer historischen Aufgabe für die Bundesrepublik gesprochen haben. Ist damit die neue Verantwortung gemeint, die die Bundesregierung betont? Daß sie sagt: wir sind nun ein souveräner Staat mit einer relativ großen Wirtschaftskraft und müssen uns unseren weltpolitischen Aufgaben stellen.

Das ist zwar eine politisch-diplomatische Frage, aber ich kann sie insgesamt aus meiner ganz persönlichen Sicht nur bejahen. Insbesondere, weil ich gesehen habe, wie andere, auch europäische Staaten, insbesondere Frankreich, aber auch beispielsweise Japan und Australien dort ein großes Interesse entwickeln. Ein wirtschaftliches Interesse, aber auch ein Interesse des Wiederaufbaues, der Erziehung und Ausbildung, der Infrastrukturunterstützung. Das habe ich ein bißchen vermißt. Die Franzosen trafen alle naselang irgendwelche Leute, die dort Geschäfte machten, auch die Thais. Und ich denke, obwohl ich da Laie bin, daß Agenturen oder Niederlassungen größerer deutscher Konzerne da schon sehr willkommen wären. Das kann man nicht hier von Deutschland aus machen. Wenn es z.B. um ein Bauprojekt geht, erhält den Zuschlag, wer eine Vertretung oder Niederlassung vor Ort hat. Im konkreten Fall einer Brücke über den Tonle Sap waren das die Japaner.

Südostasien ist ein Riesengebiet, also eine entwicklungssträchtige Geschichte, die für ganz Asien sicherlich eine Schlüsselposition hat. Ich denke mir, daß Kambodscha zwischen diesen Menschenmengen, die sich dort entwickeln bzw. schon da sind, ebenfalls eine Schlüsselrolle spielt, gerade zwischen

Vietnam und dem nicht ganz unumstrittenen Thailand auf der westlichen Seite, auch was wirtschaftliche Dinge anbetrifft. Aber auch beispielsweise hinsichtlich der Verwirklichung unserer demokratischen Vorstellungen. Es hat schon seine Gründe, daß die Mission ausgerechnet da stattfindet und nicht beispielsweise ein paar hundert Kilometer weiter in Osttimor oder in Sri Lanka.

Es ging also letzten Endes um eine Befriedung des Landes, damit auch wirtschaftlich etwas entwickelt werden kann?

Wir haben das Programm durchgeführt, das in den Pariser Verträgen festgelegt war: Waffenstillstand, Demobilisierung der Armeen – das ist nicht gelungen – und dann vor allen Dingen als generelles Ziel aller Programme Wiederaufbau, Erziehung der Leute, Vorbereitung von freien Wahlen und Durchführung der freien Wahlen. Und das haben wir gemacht. Wir haben im Mai wählen lassen, obwohl wir zunächst nicht einmal wußten, wieviel Leute da leben. Letztendlich haben wir hochgerechnet, daß wir 4,7 Millionen Leute registriert hatten. Das ist eine Riesenmenge, in diesen Ländern 4,7 Millionen Menschen aus dem Busch zu locken, sie zu registrieren, denen Karten auszuhändigen usw. Oder 370.000 Flüchtlinge zurückzuführen und sie wieder anzusiedeln. Oder das ganze Wahlvorbereitungsprogramm: 52.000 Wahlhelfer haben wir ausgebildet.

Die CIVPOL?

Nicht CIVPOL. CIVPOL hat die Wahlkomponente, also ein paar hundert für die Wahlen zuständige Leute unterstützt, die das natürlich nicht alleine konnten.

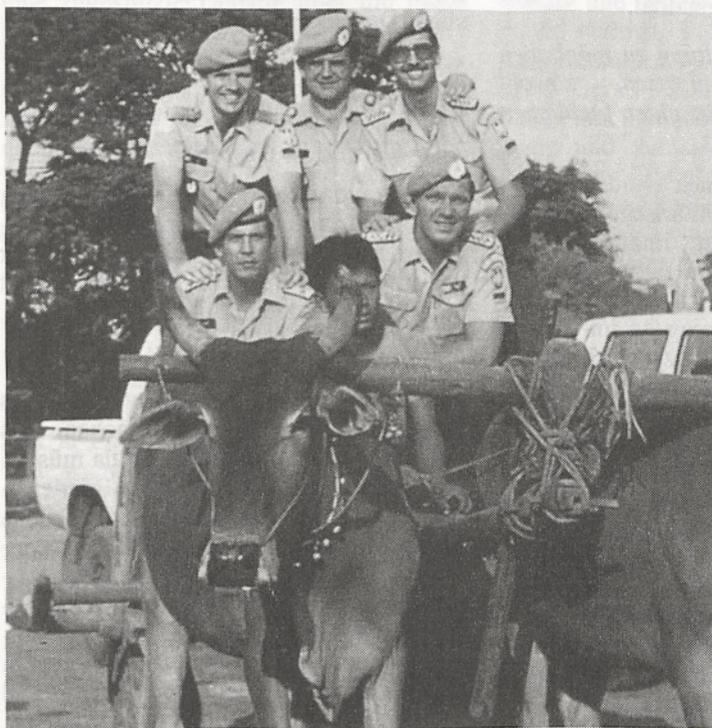
Sagen Sie doch mal konkret etwas zu den speziellen Aufgaben von CIVPOL.

Erstens Überwachung und Kontrolle der Polizei und der Sicherheitskräfte, auch der Geheimdienste, soweit die überhaupt aufzufinden waren. Wir haben die Strukturen kontrolliert, vom Ministerium bis in die Distrikte. UNTAC hat im Prinzip die gesamte Kontrolle über das Land auszuüben gehabt. Das ist uns nicht zu hundert Prozent gelungen. Aber in meinem Bereich lag die Kontrolle der Sicherheitsorgane des Landes mit Ausnahme des Militärs – das war Aufgabe der United Nations Force. Diese Polizei ist natürlich keine Polizei in unserem Verständnis. Die laufen schwerbewaffnet durch die Gegend, und sie sind furchtbar schlecht ausgebildet. In einem Vierteljahr Grundausbildung machen die mehr Marschieren und Schießen als Rechtskunde. Grenzen des Einschreitens oder Verhältnismäßigkeit der Mittel sind für die "böhmische Dörfer". Wenn da also einer auf einen "Halt. Stehenbleiben"-Anruf nicht stehenbleibt, legt der den um. Punkt. Ende. Und dann wird er verscharrt.

Und genauso ist es mit der Tatortarbeit. Da lagen ja zighunderte von Toten herum im Laufe des Jahres, ganz normale Kriminalfälle oder abgeschlachtet durch die Roten Khmer oder auch durch die Regierungstruppen. Ja, was haben sie gemacht? Die haben ein Foto gemacht, wenn sie eine Kamera hatten, und dann haben sie ein Loch gegraben und die Leute eingescharrt. Von Tatortarbeit kann da keine Rede sein.

Es geht gar nicht darum, die Täter dingfest zu machen?

Verstehen Sie, wir haben da sofort große Defizite erkannt. In diese Lücke sind unsere Polizisten direkt hineingesprungen. Wenn ich sage, wir hätten die Polizei kontrolliert, hört sich das so passiv an. Tatsächlich haben unsere Leute vor Ort die Polizeiarbeit gemacht.



Beamte des Bundesgrenzschutzes auf Patrouille in Kambodscha

aus: BGS, Zeitschrift des Bundesgrenzschutzes, Nr. 7, 1993

Aber Sie konnten diese Arbeit ja nicht bis zum Ende verfolgen.

Haben wir, glauben Sie es mir. Da haben die einheimischen Polizisten natürlich mit großen runden Augen geguckt, wenn unsere da rangegangen sind und die Tatortarbeit gemacht und die Akten der Staatsanwaltschaft abgabereif auf den Tisch gelegt haben. Da liegen jetzt hunderte von Akten herum, die darauf warten, daß sie strafverfolgt werden.

Die mutmaßlichen Täter sind nicht festgenommen worden?

Nein, wir kennen sie aber. Es gab Fälle, wo wir Täter mit Name, Rang, beispielsweise Polizisten oder auch Militärs, kennen, genau wissen, wo sie waren, und dann wurde uns verwehrt, die Leute festzunehmen.

Durch wen?

Durch die örtlichen Kommandeure. Es gab Fälle, wo die Bataillonskommandeure am Tor gesagt haben: No go, wir regeln das auf unsere Weise. Wir befinden uns im Krieg mit den Roten Khmer.

Dann haben sie im Zweifelsfall den Täter schnell irgendwo in die Botanik versetzt. Aber auf die neue Regierung Kambodschas warten eine Vielzahl von exakt aufgeklärten Kriminalfällen. Wir haben in persönlichen Gesprächen immer wieder betont, ein ganz wichtiges Element ist, daß man, wenn der neue Staat Kambodscha da ist, nicht mit dem großzügigen Maß der Amnestie durchs Land gehen und sagen darf: So, nun wollen wir mal alles vergessen. Wenn den vielen Bürgern, die unter den verschiedenen Regimen gelitten haben, Recht widerfahren soll, dann muß man die Dinge

aufarbeiten, unabhängig davon, wer der Täter war. Das, was wir mit unserer Geschichte gelernt haben, das muß man da einfach umsetzen.

Kritiker werfen der militärischen Komponente von UNTAC vor, sie trete wie eine Besatzungsmacht auf. "Sie sprechen kein Khmer, können sich kaum untereinander verständigen, trinken, huren und brettern mit ihren weißen Toyotas mit den blauen VN-Symbolen wie wilde Reiterhorden durch das Land." Finden Sie sich in dieser Beschreibung wieder oder war der BGS in dieser Hinsicht ein leuchtendes Vorbild?

Ich will weder das eine noch das andere sagen. Ich gebe zu, das ist passiert und das ist vorwiegend passiert – ich sag' das mal ganz kritisch – bei Leuten, die ihre Rolle dort nicht verstanden haben. Das Verhalten des BGS-Kontingents war insgesamt so, daß überhaupt keine Disziplinarmaßnahmen ausgesprochen werden mußten.

Das bezieht sich auch auf übermäßiges Trinken und Huren? Würden Sie das ahnden?

Ich habe unseren Leuten gesagt, ich möchte keinen sehen, der in Frankfurt mit Tränen in den Augen aus dem Flugzeug steigt, weil er sich Aids eingefangen hat. Ich würde nicht meine Hand dafür ins Feuer legen, daß die Leute sich da

nun etwa wie der Papst in Rom verhalten haben. Ich kann noch nicht einmal meine Hand dafür ins Feuer legen, daß nicht vielleicht doch einer geschlechtskrank zurückgekommen ist. Aber bei unserer Vorausbildung, der gegenseitigen Überwachung, der Schärfung der Eigenverantwortlichkeit des einzelnen bei unserem deutschen Kontingent – soweit es sich um BGS-Leute handelt – wäre das ein absoluter Ausnahmefall. Ich gebe aber zu, daß es Kontingente gab, die auf die sexuelle Gefahrenlage da unten überhaupt keine Rücksicht genommen haben. Ich will keine Staaten nennen, aber die Kambodschaner fürchten meiner Ansicht nach nicht zu Unrecht, daß sie aus dem afrikanischen Raum mit Aids überschwemmt worden sind. Da ist das Bewußtsein, eine tödliche Krankheit zu verbreiten, eben nicht so ausgeprägt.

Auch Franzosen verhalten sich anders als Deutsche. Die Franzosen haben in Phnom Penh ihr eigenes französisches Viertel aufgemacht, Militärs und CIVPOL und Zivile, alle durcheinander, haben vorne eine Wache hingestellt und die Straße kontrolliert. Nun haben natürlich einige Nationen ein bißchen neidisch geguckt, was die so alles organisieren, und die hatten natürlich auch ein paar eigene Mädchen dabei. Punkt. Da sage ich sogar aus der Sicht des verantwortlichen Führers, das ist mir dann – wenn es denn sein muß – immer noch lieber, als wenn die anderen Nationen auf den Straßenstrich gehen. Und da stehen dann chinesische Mädchen zu Hunderten herum, und man braucht gar keinen Arzt mitzunehmen, um zu sehen, daß die alle krank sind.

Haben Sie denn im nachhinein das Gefühl, daß Ihr Einsatz in Kambodscha zur politischen Stabilisierung und zur Demokratisierung des Landes beigetragen hat?

Überhaupt keine Frage. Unterm Strich muß man sagen: solche Missionen können nicht hundert Prozent erfolgreich sein. Aber wir können natürlich Marksteine setzen. Wir haben 370.000 Flüchtlinge zurückgebracht. Wir haben 4,7 Millionen Menschen wählen lassen, und zwar nach 40 Jahren erstmals eine wirklich freie, unbeeinträchtigte Wahl. Wir werden demnächst wahrscheinlich eine multiparteiliche Regierung dort haben. Das kann sich sicherlich auch wieder ändern, da sind ja die südostasiatischen Länder nicht ganz frei, daß man so etwas auch wieder ruckzuck durch Revolutionen von unten, oben oder von der Seite ändern kann. Aber was bleiben wird, ist: UNTAC hat Beispiele gegeben, daß es alternative administrative und Regierungsformen gibt und was Demokratie bedeutet. Das alles hat UNTAC wie einen Virus in die Gehirne der Leute gepflanzt. Und das ist für mich eigentlich

ein viel größerer, wichtigerer Erfolg. Das ist der eigentliche Demokratisierungsprozeß, dieser unbewußte oder bewußte Erziehungsprozeß, der da stattgefunden hat. Wir haben sicherlich auch schlechte Beispiele abgegeben. Aber die haben genau gesehen, daß das schlecht war. An vielen Beispielen, auch in der Presse, ist das immer wieder deutlich geworden, wo die sich über uns beschwert haben. Auch solche Sachen, daß da Frauen vergewaltigt worden sind, das ist eine ganz schlimme Angelegenheit.

Aus dem UNTAC-Bereich heraus?

Ja, selbstverständlich. Es gab eine weit verbreitete Prostitution, und je mehr so etwas angeboten wird, umso rabiater werden die Methoden und umso rücksichtsloser werden diejenigen, die von sich glauben, daß sie die Stärkeren sind. Da sind diese zarten Geschöpfe, die sich von ihrer Mentalität her alles gefallen lassen, und dann kommen da solche baumlangen, kräftigen Kerle her. Es gab da ganz wilde Dinge, und es gab eben auch Brutalitäten. Andererseits gab es auch ganz amouröse oder auch ganz lustige Dinge. Da wurde ja auch geheiratet, und da wurden Asiatinnen mit nach Hause genommen und das alles ganz ernsthaft.

Aber nicht vom BGS?

Nein.

Sie hatten aber nicht das Gefühl, daß sich eine relativ deutliche Zahl von Kambodschanern einschließlich der politischen Führungseliten jetzt wünscht, daß die UNTAC möglichst schnell wieder verschwindet?

Doch, dieses Gefühl habe ich. Natürlich ist das so, daß der Kambodschaner oder der Einheimische in einem Missionsgebiet sich immer wünscht, daß die Leute wieder gehen. Denn das ist so wie ein lieber, netter Besuch. Die ersten drei Tage klappt das, beim vierten Tag wird das schwierig. Und wenn die dann auch noch mehr Geld haben und ihnen dann auch noch ihren Willen überstülpen wollen und ihr Badezimmer zum Partykeller umbauen, dann sagen Sie auch, nun ist es genug. So ist das auch mit UNTAC. Die sind sicherlich froh, wenn die Leute wieder gehen und wenn sie Hilfe bekommen für den Aufbau ihres Staates. Darauf werden sie Wert legen.

Noch eine generelle Frage dazu. Wenn Sie in einen jährlichen amnesty international-Report schauen, da sind dreiviertel aller Länder der Welt wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen aufgeführt. Das heißt also, daß ja auch in Kambodscha z.B. Indonesien oder schwarzafrikanische Staaten vertreten waren, wo das Militär zuhause die schwersten Menschenrechtsverletzungen begeht. Gut, die UNO ist nun mal die

Weltorganisation, aber sie hat mit der Tatsache zu leben, daß dreiviertel der Mitglieder alles andere als Musterdemokratien sind und daß dieses Konzept ja immer mehr auch von Asien in Frage gestellt wird.

Da sind sicherlich ganz schwierige Aufgaben zu lösen. Da bietet sich ja ein Regionalmodell an: die ostasiatischen Mitgliedsländer sind z.B. verantwortlich für ostasiatische Probleme und die europäischen für europäische, die verstehen die Regionen besser, sind nahe dran. Aber dann haben wir wieder diese Regionallösungen und eben nicht den Internationalismus, der darin besteht, daß die Leute von weither kommen – von Kolumbien nach Kambodscha – und sich dort engagieren. Hier wird tatsächlich die Völkergemeinschaft repräsentiert. Und das ist das wesentliche Element solcher Einsätze, die Internationalität.

Wie ist denn ihre Haltung zu möglichen weiteren Friedenseinsätzen, sowohl persönlich als auch in einer fachlichen Bewertung?

Diese Friedensmissionen werden immer wichtiger, und die militärische Komponente spielt dabei eine immer kleinere Rolle. Bei der ersten Generation der Friedensmissionen – ich denke an Zypern, an Libanon – ging es im Prinzip nur darum, Militärs hinzuschicken, um den Status quo zu bewahren. Diese erste Generation ist überlebt und vorbei. Mit Namibia und Kambodscha fing die zweite Generation an. Das sind die Generationen von Friedensmissionen, die das Ziel haben, freie Wahlen durchzuführen, das Land sich selbst zu überlassen, in Freiheit zu entlassen – möglichst in eine demokratische Freiheit – und dann natürlich weiter zu unterstützen, d.h. Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Und wir sind jetzt leider mit Jugoslawien und Somalia wieder in eine Situation hineingerutscht, die eigentlich mit Peacekeeping überhaupt nichts zu tun hat.

Es gibt aber andere Regionen, wo man mit einer starken zivilen Komponente wieder den gleichen Versuch machen muß. Ich denke an die Westsahara, an Angola, auch an Mittelamerika und den Mittleren Osten, etwa Berg Karabach oder Georgien. Immer mehr solcher Regionen fordern ja Friedensmissionen. Ich halte das auch für richtig. Die UNO ist zur Zeit noch das einzige Instrument, daß weltweit solche Aktionen durchführen kann. Deshalb werden die Mitgliedsstaaten sich zukünftig noch mehr engagieren müssen. Das ist nicht mehr als recht und billig.

In Prag haben wir kürzlich im Rahmen der North Atlantic Council Cooperation – da war ich auf Einladung des Nordatlantischen Rates – zusammen mit den Oberkommandierenden der Nachfolgestaaten des Warschauer Paktes konferiert

unter der Frage: Wie kann man das Militärpotential dieser Staaten nunmehr in künftige Friedensmissionen einbinden? Die haben mit großen Ohren und Augen den westlichen Staaten aufmerksam zugehört, weil wir in diesem Bereich die größere Erfahrung haben und weil unsere Strukturen, z.B. die NATO, noch funktionieren.

Sie halten es also für sehr wichtig, daß international stärker koordiniert und kooperiert wird ...

So ist es.

... und daß auch einheitliche Auffassungen entwickelt werden?

Die UNO muß im Headquarter jetzt Stäbe bilden. Ich habe das vorgeschlagen, und das wird auch so kommen. Wir werden einen Police Adviser beim Generalsekretär etablieren, der vielleicht sogar Deutscher sein wird.

Sie?

Das weiß ich nicht.

Aber Sie sind im Gespräch?

Ich habe das vorgeschlagen, und dann kann man da nicht so ganz dran vorbeigehen. Ich würde das auch machen, aber das ist eine politische Frage, und das ist auch eine finanzielle Frage.

Inwiefern?

Die Leute müssen bezahlt werden. Das kann ja nicht einer allein machen. Das muß ein ganzer Stab sein, und da müssen wir Grundlagenarbeit leisten. Friedensmissionen kann man nicht aus der Tasche ziehen, die gibt es auch nirgends zu kaufen und die sind für jede Region unterschiedlich zu organisieren und vorzubereiten und durchzuführen. Das hängt immer von den jeweiligen Gegebenheiten in allen Bereichen ab, auf allen Niveaus und in allen Aspekten, politisch, militärisch, soziologisch und administrativ und was die innere Sicherheit usw. anbelangt. Also die müssen jeweils selbst- und eingegestrickt und ganz individuell auf die Region zugeschnitten und angelegt werden. Das kann man nicht von heute auf morgen aus dem Hut zaubern. Da müssen strategische Planungen auf den Tisch.

In allen möglichen Konfliktregionen, meinen Sie?

So ist es.

Mit Buwitt, der stellvertretender Kommandeur der Grenzschutzschule Lübeck ist, sprach nach der Rückkehr des BGS-Kontingents Gebhard Körte.